

Annahme-Bureau. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilschstr. 17) bei G. H. Miric & Co. Breitestraße 14. in Breslau bei H. Spindler, in Graz bei J. Streifand, in Neferitz bei H. Matthias.

Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Annahme-Bureau. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. J. Danne & Co. Haasenfein & Vogler, Rudolph Hoff. In Berlin, Dresden, Göttingen beim „Anwaltdenkmal“.

Nr. 380.

Freitag, 2. Juni.

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum. Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

Amtliches.

Berlin, 1. Juni. Der Kaiser hat den Professor an der königlichen Artillerie- und Ingenieur-Schule Dr. Neesen hier selbst zum nichtständigen Mitgliede des kaiserlichen Patentamts ernannt. Ferner hat der Kaiser in Gemäßheit des § 93 des Gesetzes betreffend die Rechtsverhältnisse der Reichsbeamten, vom 31. März 1873 (R.-G.-Bl. S. 61), zu Mitgliedern der für erlichen Disziplinarämtern 1. in Königsberg i. Pr.: den königl. preuß. Ober-Regierungsrath Koch daselbst, 2. in Danzig: den königl. preuß. Militär-Intendantur-Assessor Stein daselbst, 3. in Bromberg: den königl. preußischen Amtsgerichtsrath Bekker daselbst, 4. in Biegnitz: den königl. preuß. Militär-Intendantur-Assessor Obst zu Posen, 5. in Frankfurt a. O.: den königl. preuß. Militär-Intendantur-Assessor Hummel daselbst, 6. in Breslau: den königl. preuß. Militär-Intendantur-Assessor Dr. Dittrich daselbst ernannt.

Der König hat den Regierungsrath Haarland zu Breslau zum Ober-Regierungsrath, sowie den Forstmeister Schmiedel zu Königsberg i. Pr. zum Ober-Forstmeister und Mitdirigenten einer Regierungs-Abtheilung für Domänen und Forsten, und den Oberförster Wolff zu Oberems zum Forstmeister mit dem Range der Regierungsräthe ernannt.

Der Ober-Forstmeister Schulz zu Minden ist auf die durch Pensionierung des Ober-Forstmeisters v. Kleist erledigte Ober-Forstmeisterstelle bei der königl. Regierung zu Magdeburg versetzt worden. Dem Ober-Forstmeister Schmiedel ist die Ober-Forstmeisterstelle bei der königl. Regierung zu Minden und dem Forstmeister Wolff die durch den Tod des Forstmeisters Meier erledigte Forstmeisterstelle Koblenz-Simmern übertragen worden. Der Oberförster-Kandidat Paulus ist zum Oberförster ernannt und es ist demselben die Oberförsterstelle zu Oberems im Regierungsbezirk Wiesbaden verliehen worden. Dem Ober-Regierungsrath Haarland ist die Stelle als Dirigent der Abtheilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten bei der Regierung in Arnberg übertragen worden.

Politische Uebersicht.

Posen, 2. Juni.

Als die „Provinzial-Korrespondenz“ kürzlich die Verantwortlichkeit für die Ablehnung des Tabaks-Monopols feierlich auf den Reichstag abwälzte, meinte der hochkonservative „Reichsbote“, diese Verantwortlichkeit werde leichter zu tragen sein, als die Verantwortlichkeit für die unerfüllbaren Versprechungen, welche unter Hinweis auf die Erträge des Monopols gemacht worden wären. Die Zeit der Abrechnung mit den getäuschten Erwartungen wird nicht weniger lange auf sich warten lassen, je dreister die offiziöse Presse das Monopol als eine unerlöschliche Geldquelle darstellt. Gestern z. B. ließ die „Nordd. Allg. Ztg.“ sich angeblich von einem rheinischen Beamten u. A. folgendes schreiben: Würde das Monopol zur Einführung gelangen, so wären die Regierungen in der angenehmen Lage, nicht nur alle im Verwendungsgesetz näher bezeichneten Steuererlässe und Erleichterungen eintreten zu lassen, sondern es könnten auch die allgemeinen Gehaltsaufbesserungen (der Beamten der Civil- und Militärverwaltung) im Reich und in Preußen verwirklicht werden. Wenn es der „Norddeutschen“ nicht lieblich darauf ankäme, den Satz „der Zweck heiligt die Mittel“ zu illustriren, so würde sie den rheinischen Beamten privatim darauf aufmerksam gemacht haben, daß er sich bezüglich der von dem Monopol zu erwartenden Erträge Illusionen hingebte. Allein zur Durchführung des Planes des preussischen Verwendungsgesetzes würden nach der Angabe der Motive Mehreinnahmen in Höhe von 188 Millionen Mark erforderlich sein. Für die Erhöhungen der Beamtengehälter im Reich nahm Schatzamtssekretär Scholz 35 Millionen Mark in Anspruch. Damit steigt das Erforderniß bereits auf 223 Millionen, während das Monopolprojekt nach den Berechnungen der Bundesrathsvorlage bestenfalls eine Einnahme von 163 Millionen, also eine Mehreinnahme von 113 Millionen Mark geben würde. Unter diesen Umständen wird es vergebliche Mühe sein, „dem nach vielen Tausenden zählenden Beamtenheere“ den Mund nach den Früchten des Monopols wässrig zu machen, welche sie mit den „ärmeren Volksklassen“ theilen sollen.

Die gestern ausgegebene „Prov.-Korresp.“ äußert sich bei dem Wiederzusammentritt des Reichstags auffallend kleinlaut über die zu erwartenden Resultate der Session. Daß dieselben, auch wenn sie nur negativer Natur sind, die Bezeichnung „in hohem Grade bedeutungsvoll“ verdienen, das weiß man schon, auch ohne das halbamtliche Blatt zu lesen. Ebenso reservirt brüht sich die Hochoffiziöse bezüglich der von der Tabakskommission des Reichstags beschlossenen Resolutionen aus. Nicht gering sei die Erwartung, mit der dem Beschlusse des Plenums über dieselbe entgegengeesehen werden müsse, weil, wie es am Schlusse heißt, die im Reichstage maßgebenden Parteien, namentlich das Centrum und die liberalen Fraktionen, „zur Steuerreform überhaupt, nicht blos zu einzelnen Steuer-gesetzplänen“ Stellung nehmen müssen. Unserer Ansicht nach ist es nicht Sache der parlamentarischen Parteien, im Reichstage selbst über Reformgedanken Beschlüsse zu fassen, so lange dieselben nicht zu einzelnen Steuer-gesetzplänen condensirt worden sind. Noch unklarer ist der Artikel der „Provinzial-Korresp.“ bezüglich der Versicherungsgesetze. Die Aufgabe der

Reichstagskommission sei es, „den Grundgedanken, welchen die Reichsregierung in diesen Vorlagen zur Geltung gebracht, durch eine allseitige Ermägung für einen Beschluß reif zu machen, welchen Mitwelt und Nachwelt der Majorität in Rechnung stellen werden. Mag die Majorität zusammengefaßt sein, wie sie will, ihre Beschlüsse werden immer auf dem Grundgedanken der obligatorischen Versicherung beruhen. Da die „Prov.-Korresp.“ noch im Unklaren darüber ist, welcher Art diese Majorität sein wird, so kann man sich nicht weiter darüber wundern, daß sie auch von der Dauer der Session keine deutliche Vorstellung hat. Ob die offenbar studirte Unwissenheit des halbamtlichen Blattes den beabsichtigten Eindruck auf die „maßgebenden Parteien“ machen wird, müssen wir sehr bezweifeln.

Der Reichstag hat gestern zunächst in den beiden für die Gewerbeordnungs-novelle und für die Versicherungsentwürfe eingesetzten Kommissionen seine unterbrochenen Arbeiten wieder aufgenommen. In wenigen Tagen werden die Plenarsitzungen wieder beginnen, und die allgemeine Aufmerksamkeit beschäftigt jetzt die Frage, wann und unter welchen Umständen diese Session zu Ende gehen wird. Daß es bald geschehen werde, wird sicherlich der allgemeine Wunsch sein. Es wird schlechterdings nicht möglich sein, den Reichstag bei der herrschenden Uebermüdung und der vorgeschrittenen Jahreszeit länger als noch zwei, höchstens drei Wochen beisammen zu halten, wer ein Interesse daran hat, Reichstags-sitzungen wegen Beschlußunfähigkeit zu sprengen, wird auch in dieser Zeit voraussichtlich oft genug in Versuchung kommen, die Auszählung zu beantragen. Daß in der knappen Frist, die dem Reichstag noch zur Verfügung steht, viel Positives nicht mehr erreicht werden kann, liegt auf der Hand.

Die Kommission zur Berathung des Kranken- und des Unfallversicherungsgesetzes hat ihre Arbeiten mit der erstgenannten Vorlage in Anwesenheit des Staatssekretärs v. Bötticher und anderer Regierungsvertreter begonnen. Der der deutschen Reichspartei angehörige Abg. Lohren hatte eine Reihe von Abänderungsanträgen eingebracht, welche die Regierungsvorlage in wesentlichen Punkten umgefallen. Insbesondere wird der im Regierungsentwurf festgehaltene Grund-satz der Gemeindefrankenversicherung dahin abgeändert, daß die Gemeinden berechtigt sind, Krankenkassen für die dem Versicherungszwang unterliegenden Arbeiter zu errichten und hierzu von den Verwaltungsbehörden verpflichtet werden können, wenn die Zahl der in ihrem Bezirk befindlichen versicherungspflichtigen Arbeiter mindestens 50 beträgt. Ferner sollen die Unternehmer berechtigt sein, Genossenschaftsfrankenkassen zu errichten, wenn die Zahl der in einem Erwerbszweig beschäftigten versicherungspflichtigen Personen mehr als 100 beträgt. Auch eine anderweite Festsetzung der Beiträge und Unterfützungen enthalten die Lohrenschen Anträge. Die Kommission trat in eingehende Berathung dieser Vorschläge, die im Allgemeinen eine sympathische Aufnahme fanden. Aus der Debatte ist ein Vortrag des Abg. Lasker hervorzuheben, welcher für das Zustandekommen des Krankenkassengesetzes günstige Ausichten eröffnete, den Gedanken aber, das Unfallgesetz auf dem Wege einer Zwischenkommission vorzubereiten, zurückwies.

Aus Schleswig-Holstein wird der „Voss. Ztg.“ geschrieben:

Die Nichtbestätigung des Bürgermeisters von Krogh in Apenrade beschäftigt überall in der Provinz die öffentliche Aufmerksamkeit in einem hohen Grade. Seit Einführung der schleswig-holsteinischen Städteordnung von 1869 sind Nichtbestätigungen städtischer Beamten (Bürgermeister und Stadträthe) fast gar nicht vorgekommen. Mit Recht wird das Wahlrecht der Gemeinde als der erste und wichtigste Schutz kommunaler Freiheit betrachtet. Es wird aber einfach illusorisch gemacht, wenn die Regierung von ihrem offenbar nur für ganz exzeptionelle Fälle vorgesehenen Rechte der Nichtbestätigung Gebrauch macht. In Apenrade hat sie es jetzt im Laufe dieses Jahres bereits zum zweiten Male gethan. In beiden Fällen sucht man vergeblich nach sachlichen Gründen. Bürgermeister von Krogh hat sein Amt zwölf Jahre zur Zufriedenheit der Mehrheit der Apenrader Bürgerschaft verwaltet; als die gesetzlich vorgeschriebene Neuwahl vorgenommen werden mußte, wurde auf Grund der Bestimmungen der Städte-Ordnung die aus Mitgliedern des Magistrats und des Stadtverordneten-Kollegiums gebildete Präsentations-Kommission gewählt, welche der wahlberechtigten Bürgerschaft drei Kandidaten aus der Reihe der Bewerber zu präsentiren hat. Bei der ersten vor einigen Monaten stattgehabten Wahl unterlag in Folge einer sehr heftigen Agitation Bürgermeister v. Krogh und ein Herr Bone aus Mecklenburg wurde an seiner Stelle gewählt. Das möchte für die Anhänger des Herrn von Krogh schmerzlich sein, aber das Resultat schien unantastbar. Die Präsentation und die Wahl war vollkommen gesetzmäßig erfolgt und gegen die Persönlichkeit des Herrn Bone lag nicht das Mindeste vor. Trotzdem wurde die Bestätigung der Wahl seitens der königlichen Regierung in Schleswig verweigert. Es mußte zu einer neuen Wahl geschritten werden. Inzwischen hatten sich auch die Ansichten in der Bürgerschaft geklärt und der Wunsch, den alten Bürgermeister zu behalten, gewann entschieden die Oberhand. Mehr als die Hälfte aller stimmberechtigten Bürger sprach den Wunsch aus, daß Herr v. Krogh auf Neue präsentirt werden möge. Das geschah. Herr v. Krogh wurde mit einer Zweidrittel-Majorität gewählt. Selbst dänische gesimnte Bürger hatten bei dieser Wahl für den alten Bürgermeister gestimmt, weil sie der Tüchtigkeit und Gerechtigkeit seiner Amtsführung ihre Anerkennung nicht versagen konnten. Es ist hier und da die Ansicht aus-

gesprochen, daß diese versprengten dänischen Stimmen Herrn v. Krogh in den Augen der königlichen Regierung geschadet hätten. Wir würden das ganz besonders lebhaft bedauern, denn wir müßten daraus die Folgerung ziehen, daß die Vorgänge im dänischen Lager nicht die sorgsame Berücksichtigung finden, welche allein zu einem richtigen Handeln führen kann. Es wäre falsch, die dänischschreibenden Nordschleswiger als absolut staatsfeindliche Elemente zu betrachten. Ihre einsichtigsten Männer haben erkannt, daß sie die staatsrechtliche Opposition ausüben und das Bestehende als etwas Bleibendes betrachten müssen. Wenn der Vertreter dieser Richtung im preussischen Landtage den Eid auf die Verfassung schwört, so kann man sich sehr leicht vorstellen, daß auch Nordschleswiger Bürger dänischer Zunge vollkommen loyale Unterthanen sein können, die keinen Beamten kompromittiren, indem sie ihm Vertrauen beweisen. Herr v. Krogh ist jedenfalls über den Verdacht erhaben, daß er sich den dänischen Agitationen und Ansprüchen gegenüber irgendwie compromittirt habe. Er ist immer ein treuer und entschiedener Vertreter des Deutschthums in Nordschleswig gewesen und hat aus seiner echt deutschen Gesinnung niemals ein Geht gemacht. Allerdings für gouvernementale Kandidaten hat der frühere Bürgermeister von Apenrade sich niemals bemüht. Er stand seiner politischen Gesinnung nach im liberalen Lager, er war ein treuer Anhänger Hänel's und seine Unterschrift steht unter den meisten liberalen Wahlaufzügen an die Schleswig-Holsteiner. Diese politische Stellung, welche Herr v. Krogh einnahm ohne Agitator zu sein, ohne etwas zu thun, was mit den Pflichten seines Berufes in Widerspruch stände, hat ihn niemals abgehalten, die Einigkeit der Deutschen gegenüber den Dänen über alle anderen Rücksichten zu stellen, aber, mit Land und Leuten genau bekannt, mußte er, ganz abgesehen von seinen persönlichen Ansichten, sehr wohl, daß Nordschleswig nur durch eine echt liberale Politik zu gewinnen ist.

Die österreichische Volkspartei hat in der „W. Allg. Ztg.“ ihr Programm veröffentlicht, das von Dr. Fischhof verfaßt worden ist. Die Kernpunkte desselben lauten: „Unsere Partei will dahin wirken, daß mit der Zeit nicht das Adiom, sondern die politische Gesinnung das organische Bindeglied der Parteien sei. Koalitionen politisch entgegengesetzter Gruppen weisen wohl die Parlamente aller konstitutionellen Länder auf, doch sind sie meist vorübergehend und so ohne tiefe Bedeutung. Aus Erfahrung wissen wir, daß diejenigen unverdölich sind, welche Unrecht erdulden, und noch unverdölicher jene, die Unrecht üben. Die neue Partei wird daher nach Maßgabe ihres Könnens der Uebung und Erhaltung jedweden Unrechts von Seite irgend einer Rationalität entgegenzutreten. Das Unrecht hinstanhalten, heißt in anderer Weise die Interessen verschönern, und die Versöhnung der Interessen folgt mit der Zeit auch jene der Gemüth nach.“

Bei der Wahl der österreichischen Delegation, die kurz vor den Pfingsttagen im Herrenhause und Abgeordneten-hause vorgenommen wurde, hat die Partei der Verfassungstreuen die Majorität erlangt.

In Kopenhagen ist der Reichstag geschlossen worden, nachdem er ungefähr sechs Monate beisammen war. Das Resultat der Reichstagsarbeiten ist — wird der „Nat. Z.“ aus der dänischen Hauptstadt geschrieben — anscheinend ein höchst geringes; denn es ist faktisch nur eine einzige Sache von Bedeutung fertiggestellt worden; allein diese eine Sache wiegt zehn andere auf; es ist die Annahme eines ordentlichen Finanz-gesetzes, nachdem die Streitpunkte, welche die Regierung bei der Vorlage hineingebracht hatte, daraus entfernt worden waren. Von besonders wichtigen Gegenständen lagen der zweiten Kammer überhaupt keine vor, während der ersten Kammer zwei wichtige Vorlagen gemacht waren, nämlich ein Entwurf zur Befestigung Kopenhagens nebst anderen Verteidigungs-Anlagen und ein sehr umfassender Entwurf zu einer Zollreform, die allerdings im höchsten Grade nothwendig ist. Das Ministerium hatte nun das seltsame Mißgeschick, daß in dieser ihr sonst so ergebnen Kammer bei der erstgenannten Sache, die zur Zeit als unausführbar erkannt ward, zur Tagesordnung übergegangen wurde, während man bei dem Zollreformvorschlag theils gleichfalls eine Tagesordnung annahm, theils einen davon abweichenden Beschluß faßte. Der in diesen Tagen zum Abgeordneten des Folkething gewählte Bischof Monrad verglich das Verhängniß, das über der Thätigkeit des Ministeriums zu malten scheint, mit jenem im Alten Testament ausgesprochenen Fluch, wonach jeder Regentropfen, ehe er herabfiel, in Staub verwandelt werden sollte. Es ist das sehr bezeichnend, denn dem Ministerium will in der That nichts gelingen, und die Erfahrung haben wir nun schon sieben lange Jahre gemacht.

Bei dem Bankette des Turnfestes in Reims hielt der Minister Ferry eine Rede, worin er, der „N. Z.“ zufolge, mittheilte, die Regierung werde in allen Schulen eine durchgreifende starke militärische Erziehung auf Grund des Turn-Unterrichts durchzuführen, weil die Republik ohne Mannszucht und militärischen Geist Staub sei, den der erste Windstoß im Innern und die Berwickelungen mit dem Auslande in alle vier Welt-gegenden auseinander treibe.

„Der kriegerische Geist“, sagt der Minister, „ist in Frankreich nicht geschwächt, wie behauptet worden. Tapferkeit ist der Grund und die unverwundliche Seele unseres gallischen Blutes, nur bedarf dieser kriegerische Geist in einem Staate und in einer Zeit, wie gegenwärtig, neuer Kulturmethoden. Um unsern Kindern Geschmack am Manöver einzufößen, dürfen wir nicht die Zeit des Regiments abwarten; nehmen wir die Kleinen in dem Alter, wo das Exerciren ihnen Spaß macht, so wird es ihnen bald zur zweiten Natur werden. . . . Zehn Jahre der Anwendung der neuen Geise, zehn Jahre des Schulzwanges und der militärischen Uebungen werden Frankreich männliche, vernünftige, an Leib und Geist gesunde Generationen geben . . .“

General Chanzy äußerte:

„Indem Sie die Arme zu diesem Feste einladen, haben Sie die Aufgabe, die Sie vorberaten, wohl begriffen, nämlich die Jugend an die Strapazen des Waffenwerkes zu gewöhnen. Es ist dann unsere Aufgabe, Soldaten daraus zu machen und ihnen Vaterlandsliebe, Pflichtgefühl, Achtung vor dem nationalen Glauben, den nationalen Ueberlieferungen und den nationalen Ruhmeskränzen anzugewöhnen. Wir werden Ihre Kinder zu guten Soldaten machen und uns als gute Bürger erweisen!“

Im nächsten Herbst werden in Frankreich zum ersten Male große Festungsmanöver mit Artillerie, Infanterie und Kavallerie ausgeführt.

In Spanien erregt gegenwärtig eine Schrift: „Die Schlüssel zur Strafe von Gibraltar“, großes Aufsehen, nicht nur wegen des sachlichen Inhalts, sondern mehr noch durch ein Vorwort, in welchem einer der tüchtigsten Generale der spanischen Armee, Lopez Dominguez, ein Nefte Serrano's, die Mittel bespricht, um die drei Ziele der spanischen auswärtigen Politik zu erreichen: Wiedererlangung Gibraltars, Bündniß mit Portugal und Herstellung des spanischen Uebergewichts in Marokko. Diese Ideen haben erklärlicher Weise für das spanische Selbstgefühl etwas außerordentlich Bestehendes und man wird es deshalb zunächst auf die durch jene Schrift gegebene Anregung zurückführen dürfen, wenn das Madrider Journal „Epoca“ Spanien in diesem Augenblicke daran erinnern zu müssen glaubt, daß es Ansprüche auf den Rang einer Großmacht habe. Die Mächte, schreibt das Blatt, würden hoffentlich begreifen, daß es unpolitisch wäre zu warten, bis man Spaniens bedürfe; man müsse schon jetzt auf seine Mitwirkung rechnen.

In der vorigen Woche hat Parnell, der einst fast einflussreichste Führer der irischen Landligisten, im englischen Unterhause über die sogenannte Pachttrübsünde-Bill eine Rede gehalten, welche sich durch ihren versöhnlichen Ton der Regierung gegenüber charakterisierte. Die irischen Kollegen Parnell's im Parlament scheinen jedoch in ihrer Gesamtheit weder geneigt zu sein, diesem versöhnlichen Geiste zuzustimmen, noch die ebenfalls von Parnell ausgesprochene Hoffnung zu theilen, daß die erwähnte Bill auf die Dauer eine endliche Lösung der irischen Landfrage herbeiführen werde. Wie der „Boss. Ztg.“ nämlich ein Privattelegramm aus London meldet, haben verschiedene irische Homerule-Abgeordnete die parlamentarischen Ferien benutzt, um sich ihren Wählern vorzustellen. Sexton triumphierte in seiner Rede über die Zugeständnisse, welche die Landliga der Regierung abgerungen habe. Redmond erklärte, die irischen Volksführer würden nicht eher ruhen, bis das Programm der Landliga gründlich durchgeführt sei. O'Connor bestritt, daß zwischen Parnell und der Landliga ein Riß entstanden sei, und behauptete, die Pachttrübsünde-Bill werde das irische Volk keineswegs befriedigen. In gleicher Sinne äußerten sich noch andere Mitglieder der Homerule-Partei.

Während gegenwärtig auch russische Zeitungen schauerhafte Schilderungen über die Ausschreitungen des russischen Pöbels in Balta bringen, können wir, schreibt die „Köln. Ztg.“, in diesen Auftritten im Westen des Reiches ein Gegenbild ganz anderer Art aus dem Osten von der untern Wolga im Gouvernement Samara hinzufügen, welches nicht wenig zu der Charakteristik der allgemein herrschenden russischen Volkszustände beiträgt. Bekanntlich hat wiederholter Mißwachs in den sonst überaus fruchtbaren Wolga-Bezirken — so namentlich im Gouvernement Samara — die Noth und das Elend der Volksmassen bis zur Höhe einer allgemeinen Hungersnoth gesteigert. So sind auch in diesem Frühjahr viele Tausende von Arbeitssuchenden, die zu Hause kein Brot hatten, von Weitem her an die Wolga geströmt und haben hier in fieberhafter Ungeduld den Zeitpunkt erwartet, wo der mächtige Strom eisfrei wird. Die Märkte sind überfüllt von Arbeitssuchenden — man zählt deren mehr als 6000; die Gelegenheit zur Arbeit entspricht bei Weitem nicht der Zahl der Arbeitsbedürftigen, von denen die meisten in der Erwartung des Eisganges ihr Letztes aufzehrt. Die Arbeitgeber benutzen diese traurigen Zustände zur Herabsetzung des Arbeitslohnes, die Arbeiter ihrerseits haben sich verbunden und zur Abwehr einer solchen gewissenlosen Ausbeutung einen Satz bestimmt, unter welchem keiner der Ihrigen es wagen darf, Arbeit anzunehmen. Doch Noth kennt kein Gebot. Jener Beschluß wurde in voriger Woche Veranlassung zu einer traurigen Katastrophe. Getrennt von den Russen befand sich an dem Ort eine Abtheilung von Tataren, welche, vom Hunger getrieben, sich zu einem niedrigeren Arbeitslohn verstanden. Entrüstet darüber, überhäuften die übrigen Arbeiter die Tataren mit Schmähungen und Drohungen. Einer der Tataren, welcher der russischen Sprache mächtiger war, trat aus der Mitte seiner Genossen und schilberte den Russen das Elend, welches sie zwingt, so zu handeln, um nicht zu verhungern. Die Antwort der Russen war ein Hagel von Steinen; der Tatar wurde durch einen Steinwurf getödtet. Ganze Familien von Bauern ziehen bettelnd die Straße nach Samara und darüber hinaus; die Wege sind hauptsächlich bedeckt von hungerndem Volk. Was daraus entstehen wird, wenn in diesem Jahr ebenso wie im vergangenen höchstens 15—20 pCt. der Arbeiter Beschäftigung finden und dabei noch durch ihre Ankunft die örtlichen Arbeiter verdrängen, ist schwer voraus zu bestimmen. So haben wir gegenwärtig im Osten des Reiches an der Wolga das Bild eines rastlos, frucht- und zwecklos wandernden Bauernstandes mit dem unbestimmten Drange nach einem fremden „gelobten Lande“, wo Milch und Honig fließt.

In Verbindung mit der von der russischen Regierung angeordneten Befestigung Warschaus, durch welche diese Stadt zu einer Festung ersten Ranges erhoben werden soll, steht ein vom Großen Generalstabe in Petersburg dringend gefordertes Bahnprojekt von hervorragender strategischer Bedeutung, das die Verbindung der Festung Brest-Litewski mit der im Gouvernement Drel gelegenen Stadt Bransk bezweckt und höheren Orts bereits genehmigt worden ist. Die projektirte Bahnlinie führt über Pinsk, durchschneidet dann den Kreis Mogyr und geht bei der Stadt Rzeczynca über den

Dniepr, von wo sie sich nach Bransk wendet. Die strategische Bedeutung dieser Linie besteht hauptsächlich darin, daß auf ihr Massen von Militär und Kriegsmaterial aus dem Innern Rußlands schnell nach dem Königreich Polen geschafft werden können. Die Bauausführung soll, wie der „Dif. Ztg.“ aus Warschau gemeldet wird, schon im künftigen Monat beginnen und wo möglich bis zum Eintritt des Winters bis Pinsk vollendet werden. Man sieht aus diesem plötzlich angeordneten Eisenbahnbau, sowie aus der mit auffallender Eile betriebenen Fortifikation Warschaus, daß es Rußland mit der Befestigung seiner Westgrenze sehr eilig hat.

Wie dem „Pester Lloyd“ aus Petersburg geschrieben wird, bestätigt es sich, daß zum definitiven Nachfolger des verstorbenen Generals Kaufmann als Gouverneur von Turkestan General Tschernajew bestellt werden soll; doch heißt es, daß die Vollmachten dieses Generals minder unumschränkt als die seines Vorgängers sein sollen. Die zentral-asiatische Politik ist das einzige Gebiet, auf welchem das heutige Rußland ansehnliche Erfolge aufzuweisen hat.

Die letzten Nachrichten aus Kairo und Alexandria besagen, wie wir einem Londoner Bericht der „N. Fr. Presse“ entnehmen, daß daselbst ein vollständiges Chaos herrsche. Tewfik sei ein macht- und willenloser Gefangener Arabi's, welcher allein augenblicklich die Macht besitze und durch Drohungen seitens der Ulema, des Militärs und des Pöbels Tewfik zwang, ihn wieder zum Minister zu ernennen, trotzdem Tewfik vierundzwanzig Stunden früher erklärt hatte, er werde Arabi niemals wieder als Minister berufen. Auch der französische und der englische Konsul sind machtlos. Das Geschwader ist zu keiner wirksamen Aktion befähigt, da keine Marinesoldaten behufs eventueller Landung vorhanden sind. Die Konsulate der andern Mächte sind rathlos; sie werfen ihren westmächtlchen Kollegen vor, durch das Ultimatum die jetzige Situation verschuldet zu haben. Tewfik fürchtet, jeden Augenblick ermordet zu werden. Es gilt als unzweifelhaft, daß Arabi's Handlungsweise während der letzten zwei Tage direkt auf Instruktionen des Sultans beruhe. Der Letztere ließ Tewfik ganz fallen, weil derselbe trotz seines guten Willens zu schwach ist, um den Forderungen der Westmächte zu widerstehen, während Arabi die Herrschaft des Sultans über Egypten wieder aufzurichten versprach. Arabi, meint man, agire vollständig als des Sultans Stellvertreter. Ein Kommissar des Sultans soll in wenigen Tagen in Egypten erscheinen, um die Regierung direkt aus Arabi's Händen zu übernehmen. Dieses Verhalten des Sultans Tewfik und Arabi gegenüber, sowie Arabi's Auftreten gegenüber dem im Einvernehmen mit den Mächten eingesetzten Rheidive änderte vollständig die Anschauung der englischen Regierung bezüglich der Nützlichkeit der Entsendung türkischer Truppen nach Egypten. England fürchtet nämlich, der Sultan werde, sobald seine Truppen die Ordnung in Egypten hergestellt haben, nicht wie im Jahre 1879 einen Rheidive im Einvernehmen mit den Mächten ernennen, sondern Egypten einfach wie eine andere türkische Provinz administrieren lassen, was stets eine Lieblingsidee des Sultans war. England beräth daher mit den Mächten über einen neuen Plan zur Herstellung der Ordnung in Egypten, wohl mit Intervention des Sultans, allein nur mit dessen moralischer Unterstützung, ohne Truppen. Fast alle englischen Blätter beklagen den Mangel einer staatsmännischen Leitung der Sache durch das jetzige Kabinett; sie beschränken, Gladstone's Schwanken und einseitiges früheres Vorgehen werde allen anderen Mächten eher als England zum Vortheile ausschlagen.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 1. Juni. [Die Resolution Dingens. Die Dauer der Reichstagsession.] Auf der Regierungsseite waltet das bereits deutlich erkennbare Bestreben vor, die Verhandlungen über die von der Tabaks-Kommission beschlossene Resolution Dingens im Plenum zum Mittelpunkt des noch übrigen Theils der Reichstagsession zu machen; man glaubt offenbar, hier einen schwachen Punkt in der Phalanx entdeckt zu haben, welche sich zur Verwerfung des Monopols zusammensand. Ob diese Berechnung insofern zutreffend ist, daß die in der Resolution Dingens allerdings ziemlich gleichgiltig behandelte „Steuerreform“ im Volke populär genug ist, um im Falle der Annahme der Resolution die dafür stimmende Majorität kompromittirt erscheinen zu lassen, darf wohl bezweifelt werden; immerhin ist aber unleugbar, daß der von den verschiedenen Parteien in der Frage der Steuerreform früher eingenommene Standpunkt in der Resolution wenig zum Ausdruck kommt, so daß es nicht schwer sein würde, diese Vertröstung auf Abwarten und Sparfamkeit mit manchen früheren Kundgebungen sowohl der liberalen Fraktionen, als des Zentrums in einen gewissen Widerspruch zu setzen. Wir bezweifelten deshalb auch gleich bei der Annahme der Resolution in der Kommission, daß die Nationalliberalen im Plenum dafür stimmen würden; und erheblich zweifelhafter erscheint gegenwärtig, ob das Zentrum es thun wird, trotzdem der Antragsteller in der Kommission ihm angehörte. Ungetheilte Zustimmung innerhalb der Majorität, welche das Tabaksmopol ablehnen wird, dürfte nur der erste Theil der Resolution Dingens, welcher Ruhe für die Tabaksindustrie, Verzicht auch auf andere Formen abermals erhöhter Tabaksteuer verlangt, finden; man kann zweifelhaft sein, ob die Tabakskommission zu einem weiteren Exkurs auf das Gebiet der Steuerreform überhaupt Anlaß hatte. Nachdem ihr Antrag aber einmal vorliegt, werden die einzelnen, durch ihre Vertreter in der Kommission dafür engagirten Fraktionen sich nicht der Prüfung der Frage entziehen können, wie weit mit den von ihnen bei verschiedenen Gelegenheiten kundgegebenen, auf die Steuerreform bezüglichen

Forderungen der zweite Theil der Resolution Dingens vereinbar ist; mindestens wird derselbe der Interpretation bedürfen. Von der Fortschrittspartei bis zum Zentrum haben alle an diesem Kommissionsantrag beteiligten Fraktionen früher bestimmtere Wünsche betreffs einzelner Abänderungen des bestehenden Steuersystems ausgedrückt; auch wenn man der Ansicht ist, daß dieselben ohne die Eröffnung neuer Einnahme-Quellen durchführbar seien, wird wenigstens die deutlicher gefaßt werden müssen, soll anders der konservativen Wahlagitation nicht ein willkommener, wenn gleich vielleicht trotz alledem nutzloser Vorwand zu Angriffen insbesondere auf die Liberalen geliefert werden. — Die Unsicherheit, womit die „Prov.-Korresp.“ sich heute über die Dauer der Reichstagsession äußert, wird unter den Abgeordneten so weit sie hier versammelt sind, insofern nicht getheilt, als allgemein angenommen wird, daß der Schluß in der dritten Juni-Woche erfolgen werde, wobei selbstverständlich vorausgesetzt ist, daß auf die Durchberathung der beiden Versicherungsgesetze vor der Hand verzichtet wird. Die Regierung würde nach der allgemeinen Annahme hiermit einverstanden sein, wenn sie sicher wäre, daß die — gleichviel, in welcher Form, erfolgende — Vertagung der Entscheidung über diese beiden Vorlagen bis zum Herbst nicht auf das „Begraben“ derselben berechnet sei. In der That ist es auch auf liberaler Seite so nicht gemeint, sondern man ist zu dem Versuch, ob sich ein positives Ergebnis erzielen läßt, loyal bereit; es war aber bisher zu einem Ideen-Austausch hierüber zwischen den parlamentarischen und den Regierungskreisen, abgesehen von der ersten Lesung, noch nicht gekommen; daher die Unsicherheit der „Prov.-Korr.“

— Offiziös wird geschrieben: Im Reichsgesundheitsamt haben zahlreiche Untersuchungen stattgefunden, welche Temperaturen des Petroleum in den Bassins brennender Lampen unter normalen und nicht normalen Verhältnissen erreicht. Bei diesen Versuchen wurden alle Vorsichtsmaßregeln getroffen, um Verunreinigungen zu vermeiden. Die Lampen wurden stets in genügender Entfernung von einander aufgestellt und um die gegenseitige Wärmestrahlung vollends zu paralysiren, zwischen denselben Abbestrahlung eingeschaltet; kleine sehr genau regulirte Maximalthermometer wurden in geeigneter Weise aus dem Petroleum der Lampenbassins schwimmend erhalten; dieselben gestatteten eine bequeme Bestimmung der gegen Ende des jeweiligen Versuchs erreichten Temperatur des Petroleums und die Zimmertemperatur wurde von einem Maximalthermometer, welches in gleicher Höhe mit den Lampen aufgestellt war, angegeben. Ferner wurden Untersuchungen hinsichtlich der verschiedenen Arten der Brenner und der Dochte gemacht und es ergab sich, daß Flachbrenner sich durchschnittlich viel stärker erhitzen als Rundbrenner und daß die Möglichkeit der Entzündung der Petroleumdünne inig mit der Konstruktion des Brenners im Zusammenhange steht, so daß z. B. wenn die in dem Brennerboden befindlichen Luftöffnungen zu groß oder mit nicht passenden Schutzvorrichtungen versehen sind, leicht ein Zurückfließen der Flamme stattfindet. — Eine andere häufig wirkende Ursache der Rückzündung der Flamme besteht darin, daß der Docht nicht breit genug ist und somit, indem er die Dochtbülbe nicht hinreichend ausfüllt, freie Verbindungskanäle zwischen dem Bassin und der Flamme bestehen läßt. Diese Verbindungskanäle sind sehr gefahrbringend, weil sie unmittelbar gegen die Flamme ausmünden und somit die Rückzündung nach dem Bassin auf direktem Wege zustande kommen lassen. — Auch die Behandlungsweise der Lampen hat einen namhaften Einfluß auf das Zustandekommen von Explosionsgefahren: Wenn z. B. bei nachlässiger Reinigung der Brenner sich die zur Unterhaltung einer gewissen Abkühlung an denselben angebrachten Luftöffnungen mit Dochtschnuppen verstopfen, oder wenn jene Oeffnungen auf andere Weise verkleinert werden, so entstehen dadurch, infolge der stattfindenden Erhitzung des Brenners, bezw. des Dochtes, selbst bei den besten Oelen, gefahrbringende Dampfgemische. Auch ein unrichtiges Aufsetzen des Zolmbrems — sich umgebend durch Blasen der Flamme — verursacht gleichfalls eine starke Erhitzung des Brenners und gesteigerte Dampfbildung. Hiermit ergibt sich aufs neue, wie notwendig es ist, bei Benutzung von Petroleumlampen die größte Vorsicht obwalten zu lassen und wie regierungsgemäß durch den Erlass geeigneter Verordnungen alles geschieht, um Gefahren vorzubeugen, so hat das Publikum nicht minder die Pflicht, bei der Benutzung von Petroleum die größte Vorsicht obwalten zu lassen.

Locales und Provinzielles.

Bosen, den 2. Juni.

* Die drei Sozialisten Mendelsohn, Trutzkowsky und Janiszewski sind, nachdem sie die ihnen vom Herrn Ersten Staatsanwalt als Gefängnißvorwand wegen veruchten Ausbrechens subditierte Disziplinstrafe von je drei Wochen Arrest verbüßt hatten, nach eingeholter Genehmigung einzeln in die Strafanstalt nach Mlogenie bei Berlin zur Verbüßung ihrer Strafen abgeführt worden.

r. Aus dem hiesigen Gerichtsgefängnisse wurden gestern 8 Gefangene in die Zuchthäuser zu Rawitsch, Breslau, Sagan überführt.

Telegraphische Nachrichten.

Dresden, 31. Mai. Anlässlich des 50. Jahrestages der Einführung der allgemeinen Städteordnung in Dresden findet heute Abend in den Räumen des Linke'schen Bades ein von der Stadt arrangirtes glänzendes Fest statt, an dem der königliche Hof theilnimmt und für welches der Rath über 4000 Einladungen erließ.

Kiel, 1. Juni. Wie die „Kieler Zeitung“ berichtet, stellte die Gaardener Schiffsverft, der Märkisch-Schlesischen Maschinenbau- und Hütten-Aktien-Gesellschaft, vormals F. A. Egells, gehörig, nachdem sie in der vorigen Woche bereits die Hälfte ihrer Arbeiter entlassen, heute sämtliche Arbeiten ein.

Wien, 1. Juni. Der Kaiser empfing heute, wie die Abendblätter melden, den Oberabbiner von Lemberg, Löwenstamm, und ertheilte demselben die Versicherung, daß er den bedrängten, aus Rußland flüchtenden Juden, soweit es ihm möglich sei, seine Hilfe nicht entziehen werde.

Wien, 1. Juni. Der Fürstbischof von Breslau, Herzog, hat in seiner Eigenschaft als Oberhirt des österreichischen Antheils seiner Diöcese den Eid in die Hände des Kaisers abgelegt.

Wien, 1. Juni. Das Oberhaus hat nach einer mit Beifall aufgenommenen Rede des Ministerpräsidenten Tisza den Pazifikationskredit bewilligt.

Paris, 1. Juni. [Kammer der Deputirten.] In Beantwortung der Interpellation Delafosse sagte der Konseilspräsident, Minister des Außern Freycinet, die Regierung

füge sich, entsprechend ihren früheren Erklärungen, auf die englische Allianz, im Uebrigen auf das europäische Konzert, um die Unabhängigkeit Ägyptens sicherzustellen. Die Kritiken des Interpellanten Delafosse gegen die englische Allianz lebhaft zurückweisend, sagt Freycinet: es ist unklar, einen Allirten so anzugreifen, ich hoffe, daß kein dauernder Eindruck davon nach Außen hin zurückbleiben wird. Die Unordnung im Orient zwingt Europa zu interveniren; die Tradition der europäischen Diplomatie gestattet nicht, die ägyptische Frage zu einer französischen Frage zu machen. Das europäische Konzert ist die einzige Garantie einer friedlichen Lösung. Jede andere Politik würde zu Abenteuer führen. (Beifall.) Die Regierung werde sich nicht fortsetzen lassen, was man auch thue, um sie vorwärts zu treiben. (Zwischenrufe auf der Rechten, Baudry d'Asson wird zur Ordnung gerufen.) Die Regierung sei völlig einig darin, jede abenteuerliche Politik zurückzuweisen. Die Türkei würde zu der europäischen Berathung zugezogen werden. Der Minister erklärt das Projekt einer militärischen Intervention Frankreichs in Ägypten für absolut ausgeschlossen von den Absichten der Regierung. (Beifall.) Gegenüber einer Anfrage Gambetta's in Betreff der Konferenz bemerkte der Minister: Wenn Jemand glaube, daß Frankreich eine militärische Expedition nach Ägypten vornehmen müsse, so möge doch die Kammer zwischen dieser Politik und der von der Regierung verfolgten Politik ihre Entscheidung treffen. (Beifall.)

Paris, 1. Juni. [Deputirtenkammer.] (Schluß.) Gambetta unterbricht den Minister und sagt, er könne nicht sagen hören, ohne zu protestiren, daß Frankreich niemals interveniren werde. Freycinet erklärt erläuternd, er habe nicht sagen wollen, daß in keinem Falle Frankreich militärisch interveniren werde, aber Frankreich werde sich niemals dazu verstehen, isolirt und mit Gewalt die ägyptische Frage zu entscheiden. Indem sie in das europäische Konzert eintrete, nehme die Regierung die aus den Entscheidungen der Konferenz sich ergebenden Verpflichtungen an. (Beifall.) Gambetta repliziert und sagt: „Indem man im Voraus erklärt, daß man die Lösung der Konferenz annimmt, liefert man Europa das Geheimniß seiner Schwäche aus.“ Ribot erklärt, es sei notwendig, die Unabhängigkeit Ägyptens zu schützen. Der Minister erwiderte, Frankreich gehe auf die Konferenz auf der Basis der Integrität Ägyptens und der Türkei; der Zweck der Konferenz sei, Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen, um Ägypten sicherzustellen, im Falle die Ereignisse die Gültigkeit der Fiktion alteriren sollten. Selbst in dem Falle einer Intervention der Türkei werde die Unabhängigkeit Ägyptens gewahrt werden. Die Kammer verwarf bei der hierauf folgenden Abstimmung die von Clémenceau vorgeschlagene einfache Tagesordnung mit 323 gegen 176 Stimmen und nahm sodann mit 298 gegen 70 Stimmen, die von Carot vorgeschlagene Tagesordnung an, welche das Vertrauen der Kammer in die Erklärungen der Regierung ausdrückt.

London, 31. Mai. Der heute stattgefundene Kabinettsrath hat sich mit der ägyptischen Angelegenheit beschäftigt. Lord Granville hatte später eine lange Unterredung mit dem deutschen Botschafter Grafen Münster.

London, 1. Juni. [Unterhaus.] Unterstaatssekretär Dilke erklärt, Frankreich schlug vor und England willigte ein, eine Konferenz der Mächte und der Pforte nach Konstantinopel zu berufen, um die ägyptische Frage auf der Basis der Aufrechterhaltung des status quo zu erörtern und die besten Mittel zur Wiederherstellung der Ordnung festzustellen. Die Antwort der Mächte ist noch nicht eingetroffen.

Newyork, 1. Juni. Gestern wurden in Folge von Arbeitseinstellungen sechs Stahl- und Eisenhütten in Pennsylvania geschlossen. Der Strike erstreckt sich außerdem auf Ohio, West-Virginia, Missouri und Kentucky. Die Zahl der Streikenden wird auf 50,000 angegeben, wovon allein auf den Distrikt Pittsburg 18,000 kommen.

Verantwortlicher Redakteur: G. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Gewinnliste der 2. Klasse 166. kgl. preuß. Klassen-Lotterie.

(Nur die Gewinne über 95 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigelegt.) (Ohne Gewähr.)

Berlin, 1. Juni. Bei der heute beendeten Ziehung sind folgende Gewinne gezogen worden:

Table with lottery numbers and corresponding prizes. Columns include numbers like 130, 290, 320, 150, 503, 6, 602, 741, 150, 897, 120, 965, etc., and prizes like 71, 1209, 81, 462, 97, 605, 33, 740, 830, 968, etc.

Table with multiple columns of numbers, likely a continuation of the lottery results or a similar numerical list. Columns include numbers like 40006, 211, 45, 89, 396, 477, 508, 70, 92, 663, 976, etc.

Wetterbericht vom 1. Juni, 8 Uhr Morgens.

Table with weather report data. Columns: Ort (Location), Barom. a. U. Gr. nachd. Meeresniv. redu. in mm., Wind (Wind direction), Wetter (Weather), Temp. i. Cel. Grad (Temperature in Celsius degrees). Locations include Mullaghmore, Aberdeen, Christianfund, Kopenhagen, Stockholm, Saporanda, Petersburg, Moskau, etc.

1) Seegang mäßig. 2) Dunstig. 3) Thau. 4) Gestern Gewitter und Regen.

Stala für die Windstärke: 1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = heftig, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Anmerkung: Die Stationen sind in 4 Gruppen geordnet: 1. Nordeuropa, 2. Küstenebene von Irland bis Ostpreußen, 3. Mitteleuropa südlich dieser Zone, 4. Südeuropa. — Innerhalb jeder Gruppe ist die Richtung von West nach Ost eingezeichnet.

Uebersicht der Witterung. Unter dem Einflusse einer Depression über Spanien wehen an der westfranzösischen Küste mäßige bis starke, auf dem Scillys stürmische östliche Winde, während über Zentral-Europa die nördliche und nordwestliche Luftströmung fortdauert. Ueber Mittel-Europa ist das Wetter meist heiter, trocken und ziemlich kühl. Karlsruhe und Friedrichshafen hatten gestern Gewitter. Im Westen und Norden Desterreichs fanden gestern Abends zahlreiche schwere Gewitter statt, theilweise mit Hagel; in Wien fielen 30, in Lemberg 35 Mm. Regen.

Table titled 'Wasserstand der Warthe'. Columns: Posen, am 1. Juni, Morgens 0,80 Meter, Mittags 0,80, Morgens 0,76.

Telegraphische Börsenberichte.

Frankfurt a. M., 1. Juni. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 283½, Franzosen 280½, Lombarden 122, Galizier 269½, österr. Goldrente —, ungarische Goldrente —, II. Orientanleihe —, österr. Silberrente —, Ägypter —, III. Orientanl. —, 1880er Russen —, Wiener Bankverein —, 1860er Loose —, Diskonto-Rommandit —, Fest. Wien, 1. Juni. (Schluß-Course.) Eingetretener Regen und die besseren ausländischen Kurse wirkten günstig; nach vorübergehender Abwärtigung Schluß wieder besser. Papierrente 76,30. Silberrente 77,00. Dester. Goldrente 94,25. 6-proz. ungarische Goldrente 119,70. 4-proz. ungar. Goldrente 88,22½. 5-proz. ungar. Papierrente 86,15. 1854er Loose 119,70. 1860er Loose 130,20. 1864er Loose —, Kreditloose 176,00. Ungar. Prämienl. 117,70. Kreditaktien 330,70. Franzosen 327,50. Lombarden 141,00.

Galizier 315,50. Kasch.-Oderb. 148,00. Karubitzer 148,50. Nordwestbahn 207,25. Elisabethbahn 210,00. Nordbahn 2700,00. Desterreich. ungar. Bank —, Türl. Loose —, Unionbank 121,20. Anglo-Austr. 122,25. Wiener Bankverein 114,50. Ungar. Kredit 323,25. Deutsche Plätze 58,50. Londoner Wechsel 119,70. Pariser do. 47,52. Amsterdamer do. 99,15. Napoleons 9,50½. Dufaten 5,65. Silber 100,00. Marknoten 58,50. Russische Banknoten 120½. Lemberg-Gzerowits —, Kronpr.-Rudolf 168,50. Franz-Josef —, Dup.-Bobendach —, Böhm. Westbahn —, Buschtierader Bahn —, Tramway 227,25.

4-prozent. ungar. Bodenkredit-Bandbriefe —, Elbthal 224,50. 5-proz. österr. Papierrrente 92,15, ungar. Goldrente —, Buschtierader B. —, Ung. Präm. —, Eskompte —, Wochenausweis der österr. Südbahn vom 21. bis zum 27. Mai 751,263 Gulden, Mehreinnahme 67,426 Gulden.

Paris, 1. Juni. (Schluß-Course.) Debaupet. 3-proz. amortisirb. Rente 83,55, 3-proz. Rente 83,35, Anleihe de 1872 116,47½, Italien. 5-proz. Rente 90,45, Dester. Goldrente 79,80, 6-proz. ungar. Goldrente 103,00, 4-proz. ungar. Goldrente 76,00, 5-proz. Russen de 1877 88½, Franzosen 700,00, Lomb. Eisenbahn-Aktien 305,00, Lomb. Prioritäten 289,00, Türken de 1865 13,02½, Türkenloose 56,75. III. Orientanleihe —, Credit mobilier 557,00, Spanier erster. 28½, do. inter. —, Suezkanal-Aktien 2715,00, Banque ottomane 809,00, Union gen. —, Credit foncier 1525,00, Ägypter 356,00, Banque de Paris 1205,00, Banque d'escompte 575,00, Banque hypothecaire —, Londoner Wechsel 25,16, 5-proz. Rumänische Anleihe —, Renten pr. Ende Juni.

Paris, 31. Mai. Boulevard-Verkehr. 3-prozent. Rente 83,97½, Anleihe von 1872 116,15, Italiener 90,25, österr. Goldrente —, Türken 13,05, Türkenloose 57,75, Spanier inter. —, do. extér. 28½, ungar. Goldrente —, Ägypter 355,00, 3-proz. Rente —, 1877er Russen —, Franzosen —, Lombarden —, Steigend.

London, 1. Juni. Consols 100½ exkl., Italien. 5-prozent. Rente 89½, Lombard. 12 exkl., 3-proz. Lomb. alte 11½, 3-proz. do. neue 11½, 5-proz. Russen de 1871 83½, 5-proz. Russen de 1872 83½, 5-proz. Russen de 1873 83½ exkl., 5-proz. Türken de 1865 12½, 3-proz. fundirte Amerik. 103½, Dester. Silberrente —, do. Papierrrente —, Ungarische Goldrente 79½, Dester. Goldrente —, Spanier 29, Ägypter 71½, 4-proz. preuß. Consols 101½, 4-proz. barr. Anleihe —, Fest.

Wechselnotirungen: Deutsche Plätze 20,63. Wien 12,11. Paris 25,42. Petersburg 23½. Diskont 2½ pCt. Silber —.

In die Bank flossen heute 31,000 Pfd. Sterl. Florenz, 1. Juni. 5pCt. Italien. Rente 92,52, Gold 20,56. Petersburg, 1. Juni. Wechsel auf London 24½, II. Orientanleihe 89½, III. Orientanleihe 89½.

Newyork, 31. Mai. (Schluß-Course.) Wechsel auf Berlin 95½, Wechsel auf London 4,86½, Cable Transfers 4,89½, Wechsel auf Paris 5,14½, 3-proz. fundirte Anleihe 101, 4-prozentige fundirte Anleihe von 1877 120½, Erie-Bahn 35½, Central-Pacific 118, Newyork Centralbahn 128, Chicago-Eisenbahn 143½. Geld leicht, für Regierungsicherheiten 2, für andere Sicherheiten ebenfalls 2 Prozent.

Produkten-Markt.

Rüßn, 1. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 24,00, fremder loco 23,50, pr. Juli 21,25, pr. November 20,00, Roggen loco 19,50, pr. Juli 14,30, pr. November 14,20. Hafer loco 16,00. Rüßl. loco 31,00, pr. Oktober 28,90.

Hamburg, 1. Juni. Getreidemarkt. Weizen loco flau, auf Termine still. Roggen loco und auf Termine ruhig. Weizen pr. Juli-Aug. 203,00 Br., 202,00 Gd., pr. Sept.-Okt. 199,00 Br., 198,00 Gd., Roggen pr. Juli-Aug. 137,00 Br., 136,00 Gd., pr. Sept.-Okt. 136,00 Br., 135,00 Gd. Hafer loco, Gerste loco, Weizen loco, loco 57,50, pr. Oktober 57,50. Spiritus matt, pr. Juni 86½ Br., pr. Juli-Aug. 37½ Br., pr. Aug.-Sept. 38 Br., pr. Sept.-Okt. 38½ Br. — Kaffee fest, Umsatz 5000 Sack. — Petroleum matt, Standard white loco 7,05 Br., 7,00 Gd., pr. Juni 7,10 Gd., pr. August-Dezember 7,55 Gd. — Wetter: Wolfig.

Bremen, 1. Juni. Petroleum. (Schlußbericht.) Fest. Standard white loco 7,00 Br., pr. Juli 7,05 Br., pr. August 7,15 Br., pr. September 7,25 bez., pr. Oktober-Dezember 7,45 a 7,50 bez.

Wien, 1. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen pr. Juni-Juli 12,00 G., 12,05 Br., pr. Herbst 10,95 G., 10,97 Br. Hafer pr. Juni-Juli 8,00 G., 8,05 Br. Mais pr. Juni-Juli 7,95 Gd., 7,95 Br.

Fest, 1. Juni. Productenmarkt. Weizen loco reservirt, auf Termine ruhig, pr. Frühjahr —, Br., pr. Herbst 10,67 Gd., 10,70 Br. — Hafer pr. Herbst 6,62 Gd., 6,65 Br. — Rüböl pr. Herbst 7,52 Gd., 7,55 Br. — Rohraps pr. Juni 13½. — Wetter: Trübe.

Paris, 1. Juni. Productenmarkt. (Schlußbericht.) Weizen matt, pr. Juni 29,60, pr. Juli 28,80, pr. August 28,40, pr. Sept.-Dezbr. 27,10. Roggen ruhig, pr. Juni 18,75, pr. Sept.-Dezbr. 18,50. — Wehl 9 Marques ruhig, pr. Juni 62,00, pr. Juli 61,90, pr. Juli-August 61,75, pr. Sept.-Dezbr. 58,25. — Müßöl weichend, pr. Juli 70,00, pr. Juli 70,75, pr. Juli-August 71,00, September-Dezember 73,50. Spiritus ruhig, pr. Juni 60,00, pr. Juli 60,00, pr. Juli-August 60,00, pr. September-Dezember 55,75. — Wetter: Warm.

Paris, 1. Juni. Rohzucker 88° loco ruhig, 60,50 a 60,75. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 pr. 100 Kilogr. pr. Juni 67,50, pr. Juli 68,50, pr. Juli-August 68,25, pr. Okt.-Jan. 63,25.

Amsterdam, 1. Juni. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen pr. November 282. Roggen pr. Oktober 169.

Antwerpen, 1. Juni. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen weichend, Roggen vernachlässigt. Hafer träge. Gerste ruhig.

Antwerpen, 1. Juni. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 17½ bez. und Br., pr. Juni 17½ Br., pr. September 18½ Br., pr. Sept.-Dezember 18½ bez. u. Br. Ruhig.

Liverpool, 1. Juni. Baumwollmarkt. (Anfangsbericht.) Baumwollener Umsatß 10,000 Ballen. Unverändert. Tagesimport 9000 Ballen, davon 5000 Ballen amerikanische.

Liverpool, 1. Juni. Baumwollmarkt. (Schlußbericht.) Weitere Meldung. Braune Ägypter ½ d. theurer.

London, 1. Juni. An der Küste angeboten 18 Weizenladungen. — Wetter: Bewölkt.

London, 1. Juni. Savannazucker Nr. 12 24½. Fest.

London, 1. Juni. In der gestrigen Wollauktion waren Preise unverändert.

Leith, 31. Mai. (Getreidemarkt.) Weizen vernachlässigt, obgleich niedriger angeboten. Wehl 1 sh. billiger. Andere Artikel matt. — Wetter: Prachtvoll.

Glasgow, 1. Juni. Robeisen. Mixed numbers warrants 47 sh. 4 d.

Newyork, 31. Mai. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 12½, do. in New-Oreans 12, Petroleum in Newyork 7½ Gd., do. in Philadelphia 7½ Gd., rohes Petroleum 6½, do. Pipe line Certificate — D. 56 C. Wehl 5 D. 10 C. Rother Winterweizen loco 1 D. 43 C. do. pr. Juni 1 D. 44½ C., do. pr. Juli 1 D. 26½ C., do. pr. August 1 D. 29½ C. Wehl (old mixed) 80 C. Zucker (Fair refining Muscovados) 7½. Kaffee (Rio-) 9½. Schmalz (Worcester) 11½, do. Fairbank's 11½, do. Robe u. Brothers's 11½. Sped (short clear) 11½ C. Getreidefracht nominal.

Sonnabend, den 3. Juni cr., Vormittags 9 Uhr, werde ich in Görzeln auf dem Grundstück der Wittne Margarethe Wandurska 3 Ferkel gegen sofortige Baarszahlung im Zwangswege versteigern. Schöppe, Gerichtsvollzieher in Posen.

Produkten-Börse.

Berlin, 1. Juni. Wind: N. Wetter: Schön. Die Folgen der Mai-Vorgänge machten sich im heutigen Verkehr...

147-153 R. ab Bahn bezahlt, hochfeiner do. 155 R. ab Bahn bez., def. polnischer - Markt ab Bahn bezahlt, def. russischer - Markt ab B.

per Juni 56,6 Mark bezahlt, per Juni-Juli 56,2 Mark bez., per Juli-August - Markt bezahlt, per September-Oktober 55,0 Mark bezahlt...

Berlin, 1. Juni. Weiter beunruhigende Nachrichten, die ägyptische Frage betreffend, lagen nicht vor, und man neigt auch mehr und mehr...

anerkannt zu werden, da sie sich zu behaupten vermochte, trotzdem mehrere größere Spekulant mit umfangreichen Abgaben an den Markt...

kamen höher zur Notiz, Eisenbahn-Aktien konnten sich aber meist nur auf ihrer bisherigen Notiz erhalten, Bank-Aktien und Industrie-Papiere...

Fonds- u. Aktien-Börse.

Table listing various bonds and stocks, including 'Preuss. Cons. Anl.', 'Staats-Anleihe', 'Deutsche Bank', etc.

Table listing 'Russische Fonds' and 'Anleihe', including 'Russ. Cons. Anl.', 'Russ. Staats-Anleihe', etc.

Table listing 'Anleihe' and 'Fonds', including 'Amerik. gef. 1881', 'Russ. Cons. Anl.', etc.

Table listing 'Anleihe' and 'Fonds', including 'Amerik. gef. 1881', 'Russ. Cons. Anl.', etc.

Table listing 'Anleihe' and 'Fonds', including 'Amerik. gef. 1881', 'Russ. Cons. Anl.', etc.

Table listing 'Anleihe' and 'Fonds', including 'Amerik. gef. 1881', 'Russ. Cons. Anl.', etc.

Table listing 'Banken', including 'Babische Bank', 'Bl. Rhein. u. Westf.', 'Berl. Handels-Ges.', etc.

Table listing 'Banken', including 'Babische Bank', 'Bl. Rhein. u. Westf.', 'Berl. Handels-Ges.', etc.

Table listing 'Banken', including 'Babische Bank', 'Bl. Rhein. u. Westf.', 'Berl. Handels-Ges.', etc.

Table listing 'Banken', including 'Babische Bank', 'Bl. Rhein. u. Westf.', 'Berl. Handels-Ges.', etc.

Table listing 'Banken', including 'Babische Bank', 'Bl. Rhein. u. Westf.', 'Berl. Handels-Ges.', etc.

Table listing 'Eisenbahn-Compagnien', including 'Köln-Mindener', 'Norddeutsche', 'Sächsisch-Böhmische', etc.

Table listing 'Eisenbahn-Compagnien', including 'Köln-Mindener', 'Norddeutsche', 'Sächsisch-Böhmische', etc.

Table listing 'Eisenbahn-Compagnien', including 'Köln-Mindener', 'Norddeutsche', 'Sächsisch-Böhmische', etc.

Table listing 'Eisenbahn-Compagnien', including 'Köln-Mindener', 'Norddeutsche', 'Sächsisch-Böhmische', etc.

Table listing 'Eisenbahn-Compagnien', including 'Köln-Mindener', 'Norddeutsche', 'Sächsisch-Böhmische', etc.

Table listing 'Eisenbahn-Compagnien', including 'Köln-Mindener', 'Norddeutsche', 'Sächsisch-Böhmische', etc.

Table listing 'Eisenbahn-Compagnien', including 'Köln-Mindener', 'Norddeutsche', 'Sächsisch-Böhmische', etc.

Table listing 'Eisenbahn-Compagnien', including 'Köln-Mindener', 'Norddeutsche', 'Sächsisch-Böhmische', etc.

Table listing 'Eisenbahn-Compagnien', including 'Köln-Mindener', 'Norddeutsche', 'Sächsisch-Böhmische', etc.

Table listing 'Eisenbahn-Compagnien', including 'Köln-Mindener', 'Norddeutsche', 'Sächsisch-Böhmische', etc.

Table listing 'Eisenbahn-Compagnien', including 'Köln-Mindener', 'Norddeutsche', 'Sächsisch-Böhmische', etc.

Table listing 'Eisenbahn-Compagnien', including 'Köln-Mindener', 'Norddeutsche', 'Sächsisch-Böhmische', etc.

Table listing 'Eisenbahn-Compagnien', including 'Köln-Mindener', 'Norddeutsche', 'Sächsisch-Böhmische', etc.

Table listing 'Eisenbahn-Compagnien', including 'Köln-Mindener', 'Norddeutsche', 'Sächsisch-Böhmische', etc.

Table listing 'Eisenbahn-Compagnien', including 'Köln-Mindener', 'Norddeutsche', 'Sächsisch-Böhmische', etc.